



Bundesverband BI gegen SuedLink | Nelkenstr. 7 | 36041 FD

Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 07 48
10567 Berlin

Email: konsultation@netzentwicklungsplan.de

Fulda, 2019-03-02

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit nehmen wir die Möglichkeit der Stellungnahme zum 1. Entwurf des NEP 2030 (2019) wahr und sind mit deren Veröffentlichung einverstanden.

Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan 2030 (2019), 1. Entwurf

Die aktuellen Bemühungen der verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber, der BNetzA und des Bundeswirtschaftsministeriums, das Stromnetz der Zukunft erfolgreich zu entwickeln bzw. auszubauen, folgen erneut weder einer nachhaltigen Planung für das Stromtransportnetz der Zukunft, noch wird der dringend notwendigen Sektorenkopplung (Strom-Gas-Wärme-Mobilität) genügend Aufmerksamkeit beigemessen. In allen Arbeitspapieren zum Thema ist nur eines klar ersichtlich: Die Industrieinteressen und der eigene wirtschaftliche Gewinn der ÜNB stehen über dem Wohl der Allgemeinheit, die zum größten Teil – wie ja bekannt – den Stromnetzausbau durch Steuern, Abgaben, Netzentgelte, etc. finanzieren muss.

Der Netzentwicklungsplan Strom sollte vorrangig zwei Zielen folgen. Erstens: Die Energieversorgung (nicht nur) mit Strom muss in Deutschland weiterhin sicher gewährleistet bleiben. Zweitens: In Zeiten des fortschreitenden Klimawandels und den damit verbundenen Herausforderungen für nachfolgende Generationen, müssen alle Netzplanungen dem Zielsystem der Energiewende folgen.

Im „Aktionsplan Stromnetz“ des BMWI wird die Öffnung der grenzüberschreitenden Leitungen für Strom im europäischen Binnenmarkt als Ursache des erhöhten Transportbedarfs für Strom identifiziert. Im aktuellen Netzentwicklungsplan wird dementsprechend dem Stromhandel wesentlich mehr Bedeutung beigemessen, als der Versorgungssicherheit. Das bisherige Übertragungsnetz dafür in einem gigantischen Ausmaß erweitern zu wollen, hat mit Energiewende und Klimaschutz nichts zu tun. Als PCI gekennzeichnet und von der EU cofinanziert, bergen gerade die Stromautobahnen SuedLink, SuedOstLink und Ultranet verstärkt die Gefahr, verbindliche Klimaziele zu verfehlen. Dass Deutschland dadurch empfindliche Strafzahlungen drohen, wird billigend in Kauf genommen. Diese verfehlte Energienetzpolitik wird uns allen teuer zu stehen kommen.

Als Referenzdokumente für diese Stellungnahme wurden u.a. genutzt:

1. Bericht nach § 99 BHO des Bundesrechnungshofes vom 28.09.2018
Koordination und Steuerung zur Umsetzung der Energiewende durch das BMWi
2. Gemeinsame Studie und Pressemitteilung von ÜNB TenneT und Gasunie
Energiewende braucht stärkere Kooperation von Strom- und Gasnetzen
3. BMWi - Aktionsplan Stromnetz, bzw. Ergebnisse des Netzgipfels vom 20.09.2018 mit Bundesminister Altmaier und Länderminister/innen
4. Monitoringbericht 2018 und Genehmigter Szenariorahmen 2030 der BNetzA
5. Gesetzentwurf zur Novellierung des NABEG

Unsere Ablehnung des ersten Entwurfs zum NEP 2030(2019) begründen wir somit wie folgt:

- Der Entwurf des Netzentwicklungsplans, wie bereits der Szenariorahmen als dessen Grundlage, bewertet die neuesten Entwicklungen bzgl. Technik und Speichertechnologien und deren Marktintegration nur in unzureichendem Maße.
- Die Ergebnisse zahlreicher Studien, die Meinung von Sachverständigen und alternative Energiekonzepte werden nicht ausreichend berücksichtigt. Das Augenmerk einseitig auf Batteriespeicher für Strom zu legen lässt den notwendigen Weitblick für die Chancen von Power-to-X und hier vor allem der Wasserstofftechnologien (bereits markt- und konkurrenzfähig) vermissen.
- Der Sektor Strom kann im Sinne der Energiewende nicht mehr alleine bewertet werden. Der Netzentwicklungsplan muss in einen Energieentwicklungsplan umgewandelt werden, um den Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden.
- Die geplanten HGÜ-Leitungen stehen in keinem vertretbaren Kosten-Nutzenverhältnis. Da die Energiewende im Verteilnetz stattfindet, wird letztendlich Geld, das wir dringend für den Ausbau der dezentralen Energieversorgung brauchen, fehlen.
- Netzoptimierung und ein koordiniertes Netzmanagement (bessere Auslastung) müssen vorrangig zur Reduzierung des Stromleitungsneubaus dienen, gleichzeitig aber die Flexibilität der bestehenden Verteilnetze erhöhen.
- Die Integration der Erneuerbaren Energien findet über die Verteilnetze statt. Nur diese können eine bessere Ausfalls- und Versorgungssicherheit gewährleisten. Immer öfter werden Betreiber kritischer Infrastrukturen auch aus dem Bereich Energie/Strom Opfer von Cyberangriffen. SuedLink und Co. als Hauptschlagadern des Stromtransports wären dabei besonders gefährdet.
- Ein zukunftsorientierter Netzentwicklungsplan muss nicht nur den Transport von Strom, sondern auch die Speicheroptionen abbilden. Die Zuständigkeit für Integration und Betrieb der notwendigen Speicher muss geklärt werden. Ohne geregelten Verantwortungsbereich Erzeugen-Speichern-Transportieren, fehlen die notwendigen Marktanreize.



Wenn gleichzeitig durch Gesetzesnovellierungen (aktuell NABEG) Bürgerrechte aushebelt werden um den Netzausbau zusätzlich zu beschleunigen, wird die Akzeptanz für den Netzausbau weiter schwinden. Stellungnahmen und Konsultationen haben erst dann Sinn, wenn das Ergebnis tausender Einwendungen bei den abschließenden Entscheidungen auch zum Tragen kommt.

Es gilt zu hinterfragen, wer in beratender Funktion für den Ausbau der Stromnetze verantwortlich zeichnet. Wer profitiert? Wer bezahlt?

Eine bisherige Kostenschätzung der Übertragungsnetzbetreiber von 52 Milliarden Euro für den Ausbau des Stromleitungsnetzes ist Grund genug, den Bürgerinnen und Bürgern fachlich fundierte, nachvollziehbare und transparente Hintergrundinformationen zu liefern. Einseitige Bürgerdialoge, Standardantworten und teilweise Arroganz gegenüber berechtigten Zweifeln, sollten durch ehrliche Kommunikation und letztendlich Mitspracherecht ersetzt werden.

Der vorliegende Entwurf zum Netzentwicklungsplan 2030 (2019) ist weder eine geeignete Basis für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende, noch ist er volkswirtschaftlich vertretbar. Wir legen Ihnen eine grundlegende Überarbeitung nahe.

Mit freundlichem Gruß

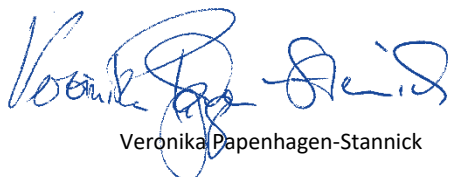
Der Vorstand des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen gegen SuedLink



Guntram Ziepel



Maria Quanz



Veronika Papenhagen-Stannick



Siegfried Lemke